

Südkoreas Ex-Verteidigungsminister nach Razzia in Lebensgefahr

Ehemaliger südkoreanischer Verteidigungsminister Kim Yong-hyun versucht in Haft, sich das Leben zu nehmen. Politische Turbulenzen nach der kurzzeitigen Verkündung des Kriegsrechts entfachen öffentliche Unruhe.



Hinweis des Herausgebers: Wenn Sie oder jemand, den Sie kennen, Schwierigkeiten mit suizidalen Gedanken oder psychischen Problemen hat, ist Hilfe verfügbar. In Deutschland können Sie die Telefonseelsorge unter 0800 111 0 111 oder 0800 111 0 222 kontaktieren. Diese Angebote sind kostenlos und anonym.

Politische Krise in Südkorea

Seoul, Südkorea – Der ehemalige Verteidigungsminister Südkoreas, Kim Yong-hyun, hat während seiner Haft versucht, sich das Leben zu nehmen. Dies teilte der Leiter der Justizvollzugsbehörde des Landes am Mittwoch mit. Dieser

Vorfall fiel inmitten einer politischen Krise, die durch die kurzfristige, jedoch überraschende Erklärung von Präsident Yoon Suk Yeol zur Martial-Gesetzgebung ausgelöst wurde und die öffentliche Wut im Land schürte.

Razzia im Präsidialamt

Die südkoreanische Polizei durchsuchte am Mittwoch das Präsidialamt, was ein Sicherheitsbeamter des Präsidenten gegenüber CNN bestätigte. Dies geschah eine Woche, nachdem die unerwartete und schnell zurückgezogene Erklärung des Präsidenten zur Einführung des Kriegsrechts große Empörung in der Bevölkerung auslöste.

Verhaftung von Kim Yong-hyun

Kim wurde am Sonntag in der Hauptstadt Seoul festgenommen und ist die erste Person, die im Zusammenhang mit dieser Angelegenheit inhaftiert wurde. Ihm wird vorgeworfen, die Verhängung des Martialrechts empfohlen zu haben. Am Donnerstag trat er schließlich von seinem Amt als Verteidigungsminister zurück.

Die Umstände des Vorfalls

Shin Yong-hae, der Generaldirektor der Korea Correctional Service, erklärte, dass Kim den Selbstmordversuch unternahm, bevor ein formeller Haftbefehl am Dienstagabend ausgestellt wurde. Bei einer Anhörung im Nationalen Parlament berichtete Shin, dass der Vorfall in einem Badezimmer stattfand. Als ein Justizbeamter die Tür öffnete, gab Kim sein Vorhaben auf.

Politische Turbulenzen weiterhin im Gange

Der Vorfall ist der jüngste in einer Reihe von politischen Auseinandersetzungen, die Südkorea in der vergangenen Woche erschüttert haben. In einer nicht angekündigten

Fernsehsprache am 3. Dezember erklärte Präsident Yoon Suk Yeol das Kriegsrecht und beschuldigte die größte Oppositionspartei, mit Nordkorea sympathisierende und „anti-staatliche Aktivitäten“ durchzuführen. Dramatische Szenen von dieser Nacht zeigten Sicherheitskräfte, die versuchten, Fenster des Nationalversammlungsgebäudes einzuschlagen, um zu verhindern, dass Abgeordnete sich versammeln.

Das Kriegsrecht und seine Folgen

Nur sechs Stunden nach seiner Erklärung sah sich der Präsident gezwungen, zurückzutreten, nachdem Abgeordnete sich mit Gewalt ihren Weg durch die Soldaten ins Parlament bahnten, um das Dekret zu annullieren. In den darauffolgenden Tagen sieht sich Präsident Yoon erheblichem Druck ausgesetzt, zurückzutreten.

Impeachment und Ermittlungen

Er überstand am Samstag eine Abstimmung über ein Amtsenthebungsverfahren, nachdem Mitglieder seiner regierenden konservativen Partei, der People Power Party, das Parlament verlassen und die Abstimmung boykottiert hatten. Der Parteivorsitzende Han Dong-hoon besteht jedoch darauf, dass Yoon zurücktreten muss, und erklärte, dass die Partei „weiterhin auf einen ordentlichen Rücktritt des Präsidenten drängen wird.“ Die größte Oppositionspartei, die Demokratische Partei, bereitet ein neues Amtsenthebungsverfahren gegen Yoon vor, dessen Abstimmung möglicherweise bereits am Samstag stattfinden könnte.

Weitere Entwicklungen

In der Zwischenzeit gab das Verteidigungsministerium bekannt, dass drei hochrangige Militärkommandeure suspendiert wurden, aufgrund ihrer mutmaßlichen Rolle bei der Verhängung des Martialrechts. Bevor Kim als Verteidigungsminister zurücktrat,

erklärte er in einer Mitteilung, dass „alle Truppen, die mit dem Einsatz des Martialrechts betraut waren, nach meinen Anweisungen handelten und die gesamte Verantwortung bei mir liegt.“

Die Polizei hat zudem Ermittlungen gegen Yoon und andere hochrangige Beamte wegen Hochverrats eingeleitet. Am Dienstag genehmigten die Abgeordneten einen Sonderausschuss, um zu untersuchen, ob Yoon einen Aufstand begangen und seine Macht durch die Verhängung des Martialrechts missbraucht hat. Dies ist eine sich entwickelnde Geschichte, die fortlaufend aktualisiert wird.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at